

06.02.2023

Sinnvoll oder nur Flächenfraß?

BUND-Diskussion in der Drostei über Fluch und Segen der zahlreichen Bauvorhaben im Kreis Pinneberg



Auch das Gebiet Gehrstücken-Süd in Pinneberg ist auf der Agenda der Politik für eine Erschließung.
Hans-Joachim Kölln

Hans-Joachim Kölln

Die einen bezeichnen es als sinnvolle Flächennutzung, die anderen als Flächenfraß. Die einen sehen sich machtlos, getrieben von äußeren Umständen, die anderen verlangen ein sofortiges Umdenken und Gegenlenken. Die einen sehen es als Schritt zur Verbesserung der Finanzen, die anderen erkennen im Profitdenken privater Investoren die Treiber einer nicht mehr umkehrbaren Entwicklung mit katastrophalen Folgen. Schaut man auf die Wahlprogramme, haben alle Parteien die zunehmende Flächenversiegelung und die Folgen für Klima oder die Natur im Visier. Aber ansonsten könnten die Auffassungen der politischen Parteien unterschiedlicher wohl kaum sein.

Zur Podiumsdiskussion über die künftige Flächennutzung hatte der BUND-Kreisverband am Freitag in die Pinneberger Drostei eingeladen. Die Überschrift: „Flächenverbrauch reduzieren, Versiegelung stoppen, Natur erhalten“. Eingeladen waren Kreistagpolitiker und als Experte Merlin Michaelis vom Landesverband des BUND. Der Einladung folgten Hans-Peter Stahl (SPD), Marianne Kolter (Linke), Jan Mackenthun (Grüne) und Olaf Klampe

(FDP). Moderiert wurde die Runde von Nicole Har- der. Von den gut 40 Gästen konnte man wohl die meisten getrost in die Kategorie „engagierte Na- turschützer“ einordnen.

Heimspiel für Grüne und Linke

Während es Olaf Klampe von der FDP somit schwerer hatte, selbstbewusst die Standpunkte seiner Fraktion zu behaupten, hatten Mackenthun und Kolter eher ein Heimspiel. Wie die CDU-Kreis- tagsfraktion des Kreises das Thema Flächenver- brauch angehen will, blieb offen, denn sie rea- gierte nach BUND-Angaben gar nicht erst auf die Einladung.

Auslöser für den aggressiven Wohnungsbau im Kreis, so eine gern verwendete Floskel, ist der „Siedlungsdruck“, der auf Kommunen im Kreis Pin- neberg lastet, ausgelöst durch die prekäre Wohnsi- tuation in Hamburg. Aber hier genau, erklärt Mi- chaelis, beginne ein Teufelskreis. Wohnraum in Hamburg ist teuer, so ergeben „dringende“ Anfra- gen nach Bauland an die Kommunen im Speckgür- tel. Und dies erzeuge Begehrlichkeiten, sowohl von Investoren, von ihnen erschlossenes Bauland möglichst teuer verkaufen wollen, aber auch von den Kommunen selbst, die sich davon ebenfalls ei- nen Gewinn versprechen. Das dicke Ende für die Kommunen komme dann, wenn mit der Zunahme der Einwohnerzahl mehr Kita- und Schulplätze be- nötigt werden.

Gewerbe ist nur scheinbar eine Lösung

Ähnlich sei es bei Gewerbegebieten. Um die zum Teil nicht mehr auskömmlichen Haushalte der Kommunen zu sanieren, erschienen der Verkaufserlös und die Gewerbesteuer durch das Ausweisen neuer Gewerbegebiete eine passable Option. Aber irgendwann, so Michaelis, werde auch hier die Rechnung präsentiert. Schon die Unterhaltung der Straßen in Gewerbegebieten bleibe eine zu- sätzliche Aufgabe der Kommune. Und mit der An- siedelung von Unternehmen kommen Fachkräfte in den Ort, die früher oder später auch dort woh- nen wollen. Der Kreis schließt sich spätestens dann, wenn aus diesen Gründen über neue Wohn- bebauung nachgedacht werden muss, weil sonst die Betriebe wieder abwandern könnten. Als ein Fazit der Diskussion könnte gezogen wer- den, dass Flächenversiegelung und der Klima- und Naturschutz für die Politik weniger ein Thema von Einsichten in die Notwendigkeit sind, sondern e- her eine Frage von politischen Mehrheiten. Und

die Frage, was Kreispolitiker damit zu tun haben, stellt sich spätestens, wenn der Ruf nach besserer ÖPNV-Anbindung auf dem Land kommt oder wenn es um die ökologische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung- und Entwicklungsgesellschaft Pinneberg (WEP) geht.